

den 8. Oktober 1922.

Mr. Welt, von Monat zu Monat eine wichtige Zeitung für Geschäftsmänner. William Miller, indem er auf die in diesen Jahren erscheinenden Wiederholungen zu den in französischen Zeitungen erscheinenden Memoiren des Kaisers hinsichtlich der vielen Wiederholungen merkt, man kann sagen, daß diese Wiederholungen die Wahrheit der tatsächlichen Memoiren sind.

Die Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Am Freitag wurden, wie bereits kurz gemeldet, im Reichsfinanzministerium die Besprechungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Beamtenbefriedung fortgesetzt. Die Besprechungen wurden im großen Rahmen geführt. Man suchte zunächst eine tragbare Grundlage zu schaffen, ohne Einzelheiten zu erörtern. Die Ansicht der Regierung ging dahin, daß als künftiges Grundgehalt der jetzige Gehaltsfaktor der Beamten zugleichlich des geltenden Teuerungsgeschäfts angenommen werde. Die Einkünfte der Beamten allein sind augenblicklich in das ehemalige Grundgehalt, in den Ortszuschlag und den Kinderzuschlag. Auf jedem dieser drei Faktoren ruht ein Teuerungszuschlag von 677 Prozent gemäß den letzten Abmachungen von Anfang September. Bei der Reusefizierung der Grundgehälter in jeder Ortsklasse dürfte also die Summe der drei Gehaltsfaktoren zugleichlich 677 Prozent Teuerungszuschlag als neues Grundgehalt in Betracht kommen. Auch der Stoffzuschlag in Höhe von 10 000 Mark, den jetzt jeder Beamte erhält, soll in das neue Grundgehalt hineingerechnet werden. Da vorausichtlich eine Stabilisierung der deutschen Mark in absehbarer Zeit nicht erfolgen dürfte, schlägt die Regierung vor, in Zukunft auch weiterhin das System der Teuerungszuschläge auf die jetzt neu zuermittelnden Grundgehälter beizubehalten. Als Grundlage der Verhandlungen dürfte die Indexziffer genommen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich im großen und ganzen mit den von der Regierung gemachten Vorschlägen der Gehaltsberechnung einverstanden. Allerdings verlangen die Organisationen eine Angleichung der Gehaltsstufen aneinander. Es soll nach Möglichkeit vermieden werden, daß zwischen den untersten und obersten Befriedungsklassen sich Differenzen ergeben, die nach Ansicht der Gewerkschaftsführer unter der Beamtenchaft zu Unstimmigkeiten geführt haben. Diese Ansicht der Gewerkschaftsführer dürfte wahrscheinlich auf nachdrückliche Neuherierung einer gegenständigen Meinung stützen. Weiter wollen die Gewerkschaften dann auch über einen für den Monat Oktober zulässigen Teuerungszuschlag verhandeln. Die Besprechungen dürften zum vor Witten nächster Woche abgeschlossen werden können.

Die bedenkliche Lage der deutschen Metallindustrie.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat dem Reichstag vorschlag eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses, der die Löhne der Metallarbeiter für den Monat Oktober um 47 Prozent gegenüber dem Vormonat erhöht, gestern zugestimmt. Die Arbeitgeber haben aber hervor, daß es volkswirtschaftlich durchaus falsch sei, immer und immer wieder Lohn erhöhung zu geben, von denen letzten Endes die mit der Lohn erhöhung bedachten gar keinen Vorteil haben, da mit Erhöhung des Lohnniveaus wiederum die Teuerung selbst steigt. Die Bedenken, die der Annahme der Lohn erhöhung entgegengestanden haben, liegen nicht nur in der allgemeinen Kreditnot, sondern gleichzeitig auch in dem starken Abschaffung der Inlandaufträge und in dem starken Zurückgehen der Auslandsaufträge, die bei einer Anzahl von Ländern schon zu einer völligen Einstellung des Exportes geführt haben. Durch die neue Lohn erhöhung würden weitere Länder vom Export ausgeschlossen werden und der bereits recht erhebliche Import von Fertigfabrikaten nach Deutschland werde weiter gesteigert. Der bereits drohende Rückgang der Beschäftigungsgrade und damit die Arbeitslosigkeit würden in Kürze eintreten. Wenn die wesentliche Lohn erhöhung trotzdem schließlich gegen diese Bedenken angenommen wurde, so geschieht dies in einer Schwanglage, weil insbesondere wiederum der Staat mit einer Erhöhung von ganz bedeutendem Ausmaß vorangegangen war und weil es nicht angängig erscheint, daß sich ein einzelner Wirtschaftskreis von der Lohn erhöhung ausschließen. Es wurde aber klar zum Ausdruck gebracht, daß eine Besserung der Lage der Lohnempfänger

durch die dauernden Sozialversicherungen nicht durchgeführt werden kann und daß auch die verantwortlichen Stellen keinen Endes erkennen möchten, daß eine Vermeidung des Zusammenbruchs nur durch Abstellung des Grundbuchs möglich sei, nämlich der Tatsache, daß in Deutschland zu viel konsumiert und zu wenig produziert werde.

Wichtige politische Meldungen.

Heute Morgen hat Staatssekretär Miller gesprochen. Heute, am 8. Oktober, beginnt vor dem Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung die Verhandlung gegen die Teilnehmer und Beihilfiger des Staatsaufturms. Im ganzen werden sich 15 Angeklagte zu verantworten haben, bis Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen, obwohl sie geständig sind.

Der Klimmzustand in Halle ist auf Grund des Verfallen Berichtes aufgelöst worden, da er militärische Übungen abgehalten und seine Mitglieder im Gebrauch von Kriegswaffen ausgebildet hat. Ebenso ist der Bund der Ritterdeutschen für den gesamten Bereich des Freistaates Sachsen auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik für aufgelöst erklärt worden.

Der entthronnte König Konstantin hat Griechenland verlassen; er wird diesesmal nicht nach der Schweiz, sondern nach Italien gehen. Der König hat ein merkwürdiges Schicksal. Das erste Mal verlor er den Thron, weil er keinen Krieg führen wollte, jetzt verliert er ihn, weil er Krieg geführt hat.

Demokratischer Landesparteitag.

Der Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der Sonnabend in Freiburg begann, verdient und findet die größte Beachtung im politischen Leben Sachsen. Aus allen Teilen Sachsen's hatten sich Delegierte eingefunden, im ganzen mehr als vierhundert. Die Landesfraktion war vollständig vertreten, auch eine stattliche Anzahl führender Persönlichkeiten aus dem Staat war gekommen. Vetter der Verhandlungen war der Bitauer Oberbürgermeister Dr. K. L. G. Auch Dr. Eduard Günther, Plauen, der alte Fortschrittmann, saß am Vorstandstisch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Parteitag einstimmig zwei Resolutionen an, die eine forderte, bringend die Verteilung des Stots der kleinen Kunden, die andere befahl sich mit der Stot der Presse. Dann wurde der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet. Die überaus günstigen Zahlen zeugen von der steigenden Festigung der Partei. Es geht wieder aufwärts mit der Deutschen Demokratischen Partei, konnte der Vorsitzende feststellen. Bei den Wahlen wurde der bisherige Vorsitz einstimmig mit großem Erfolg wiedergewählt.

Deutsche Fragen.

Sonnabend abend fand eine Volksversammlung statt, die sehr stark besucht war. Oberbürgermeister Dr. Stahl sprach über Deutsche Fragen. Er führte u. a. aus: Krieg und Revolution sind für uns noch nicht vorüber. Die Demokratie hat sich die Aufgabe gestellt, die Kriegs- und Revolutionsgewalten zu bändigen. Die Erfüllungspolitik war notwendig, und die ersten Erfolge dieser Politik haben sich bereits gezeigt. Unsere wirtschaftliche Lage kann durch Steigerung der Produktion verbessert werden, durch Arbeit können wir wieder zur Freiheit gelangen. Aus außenpolitischen Erwägungen, mit Rücksicht auf das Weltkapital, muß die Stützung, die die Sozialdemokratie durch die Vereinigung in der Regierung erfahren hat, durch die Arbeitsgemeinschaft der Mitte ausgetragen werden. Die Volkspartei macht es und allerdingen unendlich schwer, ihr die Hand zur gemeinsamen Arbeit zu reichen. Eine Fusion mit dieser Partei auch nur zu erwarten, ist gänzlich abwegig. Unser Ziel ist die reine, wahre Demokratie, die sich den nationalen Gedanken als Heiligtum bewahrt. National ist aber nicht nur der, dessen Vorhaben sich auf Bärenhäuten herumredeten und der, der ein Hakenkreuz auf seiner Westhose trägt. 1914 schuf niemand seine nationale Begeisterung aus dem Gedanken an Friedrich August. Auch 1918 rief niemand, auch keiner der heutigen Monarchisten, nach der Monarchie als der aufbauenden Kraft; man rief nach der Demokratie. Als Schleswig-Holsteinisch kann sich das deutsche Volk nur dann fühlen, wenn es sich der demokratischen Strömung der Mitte, die nicht nach Klassen fragt, anvertraut. Auch

in Sachsen muß wieder maltes, demokratisches Volk einspielen. (Gesamthaftes Blatt.)

Die Lage in Sachsen.

Die öffentlichen Verhandlungen wurden am Sonntag fortgesetzt. Der Vorsitzende der Landesfraktion Altmüller a. K. Miller habe die politische Lage in Sachsen. Er sagte:

Wenn heute ein Tag im nächsten Wolfe läuft, so trifft einzeln und allein die Regierungsparteien die Schuld. Wir haben die Verständigung gewollt. Nicht als wir sahen, daß alles vergeblich war, gingen wir zur grundständigen Opposition über. Nicht wie haben den demokratischen Boden verlassen, sondern die Sozialdemokratie mit ihrer Klassenregierung. Und die Klassenregierung muß von uns bekämpft werden. An die Stelle des Schlechtes haben wir das Bessere sehen wollen; die Schuld, daß wir uns nicht durchsetzen konnten, trägt der Staat noch rechts bei den letzten Wahlen. Sollte man uns Demokraten mehr Mandate, wird die Klassenregierung bestätigt. Auch die Rechtsparteien werden wir als Republikaner und Staatsbürgern bekämpfen. Wer die Monarchie will, treibt den Untergang und nicht den inneren Frieden an. Es ist ein geschickliches Plagiat das Stinnes jetzt die von ihm früher so heftig bekämpfte Erfüllungspolitik übernimmt, und deshalb als Ketter des Volkes gefeiert wird. In der heutigen wirtschaftlichen Not stellen wir uns auf die Seite des Schwachen, des Konsumenten. In den Wahlkämpfen geben wir mit dem Rufe: Schützt die Verfassung! da wir wissen, daß es keinen anderen Boden der Führung gibt, als die Demokratie.

Die Verhältnisse im Reich.

Reichstagsabgeordnete Frau Ministerialrat Dr. Bäumer sprach über „Die Lage im Reich“. Für eine Betrachtung der Lage im Reich ist die Betrachtung der Weilage überaus wichtig. Die Orientierung kann für uns verhängnisvoll werden. Vor allem muß das Volk diesen Ereignissen gegenüber zur Zurückhaltung und Besonnenheit gemahnt werden. Wir müssen uns in uns selbst festigen, um nach außen hin wieder geschlossen aufzutreten zu können. Die Festigung der Republik ist gleichbedeutend mit dem Wiederbeginn außenpolitischer Machtaufstellung. Durch die Folgen des Staatsaufturms ist die Republik zweifellos gefährdet worden. Wegen der Gewerbeumlage durften wir es nicht zu einer Reichstagneuwahl kommen lassen, da dieser Kampf unser Volk zerreißen könnte. Die Arbeitsgemeinschaft geben wir nur in der Überzeugung ein, daß die Deutsche Volkspartei sich unserer Politik tatsächlich gehoben hat. Über der Hälfte der Volkspartei wollen wir keine Konzessionen machen. Wir wollen kein vermischtes Gelebt haben, sondern weiter klare, demokratische Politik treiben. (Beifallender Beifall.)

Nach dem Vortrag von Frau Dr. Bäumer bestätigten die Delegierten den Ton und das Geologische Wissen.

In der Nachmittagssitzung wurde der demokratischen Reichstags- und Landesfraktion einstimmig das Vertrauen des Parteitages ausgesprochen. Werner wurde in einer Enthaltung die intolerante und schroffe Art der Religionierasse des Kultusministers Glehnar verurteilt. Nach langer, sehr anregender Diskussion wurde der Parteitag geschlossen.

Von Stadt und Land.

Am. 8. Oktober 1922

Gegen Glehnars Verordnung. Das Evangel. Landesförsatorium hat beim Gesamtministerium gegen die Verordnungen des Kultusministers (betreffend den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen und das Verbot der Schulandacht, des Schulgebetes und des Choralgesanges in den Schulen) Verwahrung eingelegt und ihre Ausführung beantragt. Auch der christliche Gesamtlehrer der Dresdener Volksschulen, sowie der Evangel. Bund und der Landesverbund für kirchlichen Gottesdienst haben Entschließungen gefaßt, die sich nachdrücklich gegen die beiden Verordnungen des Kultusministers wenden.

Widriger Ausnahme - Brachtarif für Kartoffeln. Die Reichsbahndirektion Dresden schreibt uns folgendes: In einem östlichen Provinzialblatt findet sich unter der Überschrift: „Der Wahlnach der Gütertarife, Liebertourung unserer Landesbrüder“ eine Meldung, wonach eine Wagenladung von 200 Tonnen Kartoffeln auf 200 Kilometer Entfernung, die bisher 6100 Mark Fracht kostet habe, vom 1. Oktober ab nach einer Er-

hebung von 50 Prozent auf 9100 Mark wird. (Gesamthaftes Blatt.)

Und ist ja

Bis bereit

50. Septem

berungen)

im allgemei

die bei der

Unternehm

angegangene

meter —

bei Gabeg

25. Septem

den und w

Kilogramm

200 Kilom

202,80 Mark

die auf

gegebene

lich den V

nur gerade

Oktobe

Eisenbah

und auf d

Das Gleic

die im S

gegenüber

gen um etw

billiger si

bleiben.

dab manc

schäfern g

wider mit

gründen. P

Preise in

die Reichs

Uebergehu

Kunstdru

Ergebnisse

Druckerei

88. J

Weitergegeb

hanngeorg

günstiger S

Lösungen.

Sonnabend

bericht wu

die Neuan

wieder ge

Der Verba

den. Un

Wettbewe

den Gefa

Personen.

sich di Ver

wurden.

von 80-8

180 Person

hier die P

180 Sill

Johanneo

Amt

auf Gr

die Pandes

wird, nachdr

bießdrü

gen

Übernah

genehmigt d

Dienste

festgeste

Die M

sur 11. Woch

• 12.

• 13.

• 14.

• 15.

allenfallen

Wie M

für die 11.

• 12.

• 13.

• 14.

• 15.

• 16.

zu mi

Danach

In der

Woch</p